

Zivilprozessordnung: ZPO

Kommentar

Bearbeitet von

Herausgegeben von Prof. Dr. Hans-Joachim Musielak, und Prof. Dr. Wolfgang Voit, Die Bearbeiter des Kommentars: Wolfgang Ball, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof a.D., Udo Becker, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a.D., Helmut Borth, Präsident des Amtsgerichts a.D., Dr. Frank O. Fischer, Richter am Amtsgericht, Jasmin Flockenhaus, Richterin am Oberlandesgericht, Prof. Dr. Ulrich Foerste, Dr. Mathias Grandel, Rechtsanwalt, Prof. Dr. Christian Heinrich, Prof. Dr. Michael Huber, Präsident des Landgerichts a.D., Rolf Lackmann, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a.D., Prof. Dr. Astrid Stadler, Prof. Dr. Stephan Weth, Richter am Verfassungsgericht des Saarlandes, und Dr. Johannes Wittschier, Richter am Amtsgericht

16. Auflage 2019. Buch. XXXVI, 2993 S. Hardcover (In Leinen)

ISBN 978 3 8006 5946 3

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Zivilverfahrensrecht
allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

Zu [Inhalts-](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

samer Erfüllungsort anzunehmen ist (→ Rn. 17).⁷⁵ Soweit die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens des gesamten Vertrages zu beurteilen ist, ist auf den Erfüllungsort für die klägerische Hauptleistungspflicht abzustellen.⁷⁶

b) Bestimmung des Erfüllungsorts. Der Ort der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung folgt aus **sachlichem Recht**, dh er bestimmt sich danach, wo auf Grund materiellrechtlicher Vorschriften oder (ausdrücklicher oder konkludenter) Parteivereinbarung die im Streit befindliche vertragliche Verpflichtung zu erfüllen ist.⁷⁷ Für die prozessual beachtliche Vereinbarung eines Erfüllungsortes sind dabei die Voraussetzungen des § 29 Abs. 2 zu berücksichtigen (→ Rn. 38 ff.). Als gesetzliche Sonderregelungen kommen vor allem die §§ 374 Abs. 1, 604 Abs. 1, 697, 700 Abs. 1 S. 3, 811 Abs. 1, 1194 BGB, § 36 VVG, Art. 1 Nr. 5, Art. 2 Abs. 3, Art. 75 Nr. 4, Art. 76 Abs. 3 WG, Art. 1 Nr. 4, Art. 2 Abs. 2, 3 ScheckG in Betracht.

c) Haupt- und Nebenleistungspflichten. Im Hinblick auf vertragliche Nebenleistungspflichten normiert § 269 Abs. 3 BGB eine negative Auslegungsregel. Derzufolge kann aus der Vertragspflicht des Schuldners, die **Versendungskosten** zu tragen, nicht darauf geschlossen werden, dass der Bestimmungsort auch Leistungsort sei.⁷⁸ Soweit die Parteien des Vertrages keine Abrede darüber getroffen haben, sind Nebenpflichten regelmäßig am Ort der Hauptleistungspflicht zu erfüllen.⁷⁹ Das gilt insbesondere für Ansprüche auf **Auskunfts- und Rechnungslegung**,⁸⁰ eine Vertragsstrafeverpflichtung,⁸¹ Aufklärungspflichten⁸² oder ein Unterlassungsbegehren.⁸³ Ebenso bestimmt der Übergabeort der verkauften Sache den Ort, an dem vertraglich geschuldete Beratungen zu erbringen sind.⁸⁴ Wird **Schadensersatz** verlangt, ist auf die den Anspruch begründende Pflichtverletzung abzustellen, weil die Schadensersatzpflicht Surrogat für die ursprüngliche Verpflichtung ist,⁸⁵ soweit dies eine Nebenpflicht ist, bestimmt wiederum die entsprechende Hauptleistungspflicht den Erfüllungsort.⁸⁶ Im Rückgewährschuldverhältnis nach Rücktritt ist die Rückgabeverpflichtung maßgeblich. Dabei ist auf den Ort abzustellen, wo sich die zurückzugewährende Leistung im Zeitpunkt des Rücktritts vertragsgemäß befindet (sog. Austauschort).⁸⁷

d) Gemeinsamer Erfüllungsort für Leistung und Gegenleistung. Zwar ist auch bei gegenseitigen Verträgen der Erfüllungsort für jede Verpflichtung gesondert zu bestimmen und nicht notwendig einheitlich (→ Rn. 14).⁸⁸ Bei **ortsbezogenen Verpflichtungen** folgt jedoch nach überwiegender Ansicht der Erfüllungsort der Gegenleistung dem der vertragscharakteristischen Leistung.⁸⁹ Zu Recht wird kritisch darauf aufmerksam gemacht, dass damit der Schutz des Gläubigers der Gegenleistung zu Gunsten der Entscheidung durch ein orts- und damit sachnahe Gericht vernachlässigt wird.⁹⁰ Auch wenn eine vertragscharakteristische Leistungspflicht besteht, lässt sich allein hieraus noch nicht herleiten, dass diese den Schwerpunkt des Vertrags bestimme. Das Grundprinzip des gegenseitigen Vertrags, welches – entsprechend den Vorstellungen der Vertragsparteien – von der Gleichwertigkeit der beiderseitigen Leistungen ausgeht, widerspricht der Begründung eines einheitlichen Erfüllungsortes nur anhand der einen Leistungspflicht.⁹¹ Deshalb kann ein solcher Erfüllungsort nur ausnahmsweise zu Grunde gelegt werden, wenn besondere zusätzliche Umstände aus der Natur des Vertrages eine Auseinandersetzung an einem Vertragsgerichtsstand interessengerecht erscheinen lassen.⁹² Insofern kommen etwa Barkäufe des täglichen Lebens (vgl. → Rn. 28 „Kaufverträge“),⁹³ Bauwerksverträge (vgl. → Rn. 36 „Werkverträge“)⁹⁴ oder aber Arbeitsverträge (vgl. → Rn. 20)⁹⁵ in Betracht. So ist erstgenannten Verträgen die Charakteristik eigen, sofort erledigt zu werden, bei Bauwerksverträgen erfolgt eine ortsgebundene Errichtung des Werkes und eine dortige Abnahme seitens des Bestellers und bei Arbeitsverträgen ist am Ort der Erbringung der Arbeitsleistung auch eine besondere Fürsorgepflicht seitens des Arbeitgebers begründet.⁹⁶

⁷⁵ Stein/Jonas/Roth Rn. 19.

⁷⁶ RGZ 56, 138; Stein/Jonas/Roth Rn. 14, 20; BLAH/Hartmann Rn. 16.

⁷⁷ Eingehend zur Bestimmung des Erfüllungsorts Fehrenbach ZJP 2016, 295 ff.; MüKoZPO/Patzina Rn. 19; Emsiedler NJW 2001, 1549; Geimer DNotZ 1996, 1054.

⁷⁸ Wiecezorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 39.

⁷⁹ RGZ 70, 199; OLG München OLG R 2009, 332; Fricke VersR 1997, 404; BLAH/Hartmann Rn. 15; OLG Karlsruhe OLG R 2000, 403; diff. hierzu Fehrenbach ZJP 2016, 295 (300 f.).

⁸⁰ BGH NJW 2002, 2703 (Depotvertrag); OLG Düsseldorf NJW 1974, 2185; LG Offenburg ZIP 1988, 1562 (1563).

⁸¹ RGZ 69, 12; OLG Karlsruhe OLG R 2000, 403.

⁸² OLG München OLG R 2009, 332.

⁸³ OLG Dresden OLG-NL 2002, 210.

⁸⁴ OLG Celle RIW 1985, 571 (575).

⁸⁵ RGZ 55, 423; BGHZ 134, 201 (205) (zu Art. 5 Nr. 1 EuGVÜ); BayObLG MDR 1998, 737; NJW 2002, 2888; OLG Schleswig OLG R 2005, 630; 2005, 631; OLG Frankfurt a. M. OLG R 2005, 568; Musielak/Voit GK ZPO Rn. 93.

⁸⁶ OLG München OLG R 2009, 332.

⁸⁷ Stein/Jonas/Roth Rn. 21; RGZ 155, 105 (111); BGHZ 87, 105 (109 f.); OLG Bremen OLG R 2003, 99; KG (2 AR 9/16) BeckRS 2016, 06514; siehe auch LG München I (31 O 4974/16) BeckRS 2016, 09837.

⁸⁸ BGH NJW 2004, 54 = BB 2003, 2709; BayObLG NJW-RR 2006, 15.

⁸⁹ BGH NJW 1996, 1411 (1412); Stein/Jonas/Roth Rn. 44; MüKoZPO/Patzina Rn. 25; Zöller/Schultzky Rn. 24 f.; MüKoBGB/Krüger § 269 Rn. 19 ff.; Palandt/Grüneberg § 269 Rn. 13; ausf. Staudinger/Artz NJW 2011, 3121; abl. Emsiedler NJW 2001, 1549; Stöber NJW 2006, 2661 (2662); Schmidt MDR 1993, 410; Prechtel NJW 1999, 3617 (3618); Siemon MDR 2002, 366.

⁹⁰ Wiecezorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 40; AG Frankfurt a. M. NJW 2000, 1802 f.; vgl. auch Prechtel BGHR-report 2004, 183.

⁹¹ Emsiedler NJW 2001, 1549; Stöber NJW 2006, 2661 (2662 f.); Schmidt MDR 93, 410; OLG Karlsruhe NJW 2003, 2174 (2175); LG Mainz NJW 2003, 1612; AG Frankfurt a. M. NJW 2000, 1802 f.

⁹² BGH BB 2003, 2709; BayObLG NJW-RR 2006, 15; vgl. Stöber NJW 2006, 2661 (2663); ders. AGS 2006, 413 (414).

⁹³ BGH MDR 2003, 402.

⁹⁴ BGH NJW 1986, 935.

⁹⁵ BAG NZA 2003, 339.

⁹⁶ BGH BB 2003, 2709; Prechtel MDR 2003, 667 (668).

- 18 **2. Natur des Schuldverhältnisses.** Soweit keine gesetzlichen Sonderregelungen (vgl. → Rn. 15) oder eine Parteivereinbarung eingreifen, ist der Erfüllungsort den vertraglichen Umständen zu entnehmen. Dabei ist gemäß § 269 Abs. 1 BGB insbesondere auf die Natur des Schuldverhältnisses abzustellen und unter Kaufleuten sind etwa bestehende Handelsbräuche zu berücksichtigen, § 346 HGB.⁹⁷
- 19 **3. Auslegungsregel des § 269 Abs. 1, 2 BGB.** Nur soweit keine Bestimmung über den Erfüllungsort getroffen ist und dieser sich nicht aus den Umständen ergibt, hat die Leistung an dem Ort zu erfolgen, an welchem der Schuldner zur Zeit der Entstehung des Schuldverhältnisses seinen Wohnsitz hatte, § 269 Abs. 1 BGB. Damit kommt subsidiär der Wohnsitz nach §§ 7 ff. BGB, bei einer Gesellschaft deren Sitz (→ § 17 Rn. 7 ff.)⁹⁸ und bei einer im Gewerbebetrieb des Schuldners entstandenen Verbindlichkeit der Ort der Niederlassung (§ 269 Abs. 2 BGB) zum Tragen. Gemäß § 269 Abs. 1 BGB ist der Zeitpunkt der Entstehung des Schuldverhältnisses maßgebend; ein späterer Wohnsitz- oder Niederlassungsortwechsel ist unbeachtlich.⁹⁹ Eine Ausnahme bildet insoweit die Vorschrift des § 36 VVG, welche für die Prämienzahlung auf den jeweiligen Wohnsitz bzw. Sitz der Niederlassung des Versicherungsnehmers abstellt.

4. Einzelfälle

- 20 – **Anwaltsverträge.** Bei Klagen auf Zahlung des Anwaltshonorars ist in der Regel nicht auf den Ort des Kanzleisitzes, sondern auf den Wohnsitz des Beklagten zur Zeit der Entstehung des Schuldverhältnisses (§ 269 Abs. 1 BGB) abzustellen.¹⁰⁰ Angesichts der Wandlung des Berufsbildes des Rechtsanwalts, den Wegfall der Zulassungsbeschränkungen für die vor den Landgerichten geführten Verfahren, die Zunahme des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und der Natur des Anwaltsvertrages ist nicht mehr ein einheitlicher Erfüllungsort am Sitz der Kanzlei anzunehmen.¹⁰¹ Damit liegt auch der Erfüllungsort für Ansprüche aus solchen Verträgen auf Zahlung des Honorars nicht am Ort der Kanzlei, sondern vielmehr ist Erfüllungsort für die Gebührenschuld als Geldschuld iSd § 270 BGB der Wohnsitz des Beklagten, soweit keine andere Bestimmung getroffen ist, § 269 Abs. 1 BGB.¹⁰² Zudem ist durch den besonderen Wahlgerichtsstand des § 34 ZPO sichergestellt, dass für Gebührenklagen von Prozessbevollmächtigten die besondere Sachkunde des Gerichts des Hauptprozesses genutzt werden kann.¹⁰³ Im Hinblick auf Mandanten, die ihren (Wohn-)Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft haben, ist jedoch Art. 7 Nr. 1 lit. b Alt. 2 EuGVVO zu berücksichtigen; maßgeblich ist idR der Kanzleisitz als einheitlicher Erfüllungsort.¹⁰⁴
- **Arbeitsverträge.** Im Hinblick auf den Gerichtsstand des § 29 Abs. 1 ist bei Arbeitsverhältnissen idR von einem einheitlichen (gemeinsamen) Erfüllungsort auszugehen (→ Rn. 17).¹⁰⁵ Maßgebend ist der wirtschaftliche und technische Mittelpunkt des Arbeitsverhältnisses.¹⁰⁶ Abzustellen ist daher nicht auf den Unternehmenssitz,¹⁰⁷ sondern grundsätzlich auf den Beschäftigungsort an dem der Arbeitnehmer die Arbeitsleistung zu erbringen hat.¹⁰⁸ Dieser Gerichtsstand des Erfüllungsorts gilt für alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis.¹⁰⁹ Auf die Frage, von wo aus das Arbeitsentgelt gezahlt wird und wo sich die Personalverwaltung befindet, kommt es regelmäßig nicht an. Lässt sich wegen wechselnder Einsatzorte ein Mittelpunkt des Arbeitsverhältnisses nicht bestimmen, ist der Ort entscheidend, an dem das Direktionsrecht durch Weisungserteilung ausgeübt wird,¹¹⁰ regelmäßig handelt es sich dabei um den Betriebsitz.¹¹¹ Der Erfüllungsort für die Arbeitsleistung eines für die Bearbeitung in einem größeren fest bestimmten Bezirk reisenden Angestellten ist jedoch dessen Wohnsitz, wenn er von dort aus seine Reisetätigkeit ausübt. Dies gilt unabhängig davon, ob er täglich nach Hause zurückkehrt und in welchem Umfang er vom Betrieb Anweisungen für die Gestaltung seiner Reisetätigkeit erhält.¹¹² Nach anderer Ansicht ist auch insofern auf den Ort abzustellen, von dem aus die Arbeitsleistungen tatsächlich gelenkt werden.¹¹³ Die örtliche Zuständigkeit des Arbeitsgerichts richtet sich nicht nach dem Erfüllungsort des Arbeitsverhältnisses iSd § 29 Abs. 1, sondern nach dem Unternehmenssitz des beklagten Arbeitgebers

⁹⁷ BGH NJW 1981, 2042 (2043); LG Waldshut-Tiengen RIW 1979, 784 (785).

⁹⁸ BayObLG ZIP 2002, 1998 (Sitz einer GbR).

⁹⁹ BGH NJW 1988, 1914; BayObLG NJW-RR 1996, 956; OLG München (34 AR 53/17) BeckRS 2017, 107903; OLG München BeckRS 2007, 11816 = MDR 2007, 1278 (1279); OLG Zweibrücken EWiR 1998, 912; OLG Stuttgart NJW 1987, 1076.

¹⁰⁰ BGH NJW 2004, 54; NJW-RR 2004, 932; BB 2003, 2709; OLG Karlsruhe NJW 2003, 2174; LG Frankfurt a. M. NJW 2001, 2640; OLG Frankfurt a. M. NJW 2001, 1583; AG Spandau NJW 2000, 1654; AG Frankfurt a. M. NJW 2000, 1802; Einsiedler NJW 2001, 1549; Prechtel NJW 1999, 3617 f.; ders. BGHreport 2004, 183; Balthasar JuS 2004, 571; Krügermayer-Kalthoff MDR 2004, 166; Schneider AnwBl 2004, 121; AG Potsdam NJW-RR 2003, 1080; LG Hanau MDR 2002, 1032; AG Hamburg-Bergedorf MDR 2002, 851; LG Ravensburg BRAK-Mitt. 2002, 99.

¹⁰¹ Einsiedler NJW 2001, 1549; Prechtel NJW 1999, 3617 f.; ders. MDR 2003, 667 (668); ders. BGHreport 2004, 183; OLG Dresden NJW-RR 2002, 929; ausf. dazu Stöber AGS 2006, 413 (416).

¹⁰² AA BGH NJW 1991, 3095; BayObLG NJW-RR 2001, 928; NJW 2003, 366; AnwBl 2003, 120; OLG Hamburg BRAK-Mitt. 2002, 44; OLG Köln NJW-RR 1997, 825; LG Magdeburg NJW-RR 2003, 130; LG Berlin MDR 2002, 1096; BLAH/Hartmann Rn. 18; krit. auch Scherf NJW 2004, 722.

¹⁰³ OLG Dresden NJW-RR 2002, 929.

¹⁰⁴ Neumann/Spangenberg BB 2004, 901; ausf. zu Art. 5 Nr. 1 EuGVVO Rauscher NJW 2010, 2251.

¹⁰⁵ BAG NZA 1994, 479; 1986, 366; EuGH EuZW 2003, 412; LAG Baden-Württemberg ArbuR 2005, 165.

¹⁰⁶ BAG NZA 1994, 479.

¹⁰⁷ LAG Nürnberg BB 1969, 1271; LG Braunschweig GRUR 1976, 585 (586 f.); Rewolle BB 1979, 170.

¹⁰⁸ BAG NZA 2005, 297 mAnm Franzen IPRax 2006, 221; 2003, 339; EzA § 36 Nr. 18; NJW 2002, 3196; BGH ZIP 1985, 157; LAG Baden-Württemberg ArbuR 2005, 165; ArbG Chemnitz NZA 1997, 1362; Tappermann NJW 1973, 2096.

¹⁰⁹ BAG NZA 2003, 339; BAGE 95, 372; NJW 1995, 2373 (Zeugniserteilung).

¹¹⁰ LAG Mainz NZA 1985, 540; ArbG Pforzheim NZA 1994, 384.

¹¹¹ BGH ZIP 1985, 157.

¹¹² BAG NJW-RR 1988, 482; LAG Berlin-Brandenburg ArbRB 2009, 171; LAG Baden-Württemberg ArbuR 2005, 165; ArbG Bayreuth NZA 1993, 1055; Müller BB 2002, 1095; Schulz NZA 1995, 15.

¹¹³ ArbG Regensburg NZA 1995, 96; Ehler BB 1995, 1849; Ostrop/Zumkeller NZA 1994, 644; ArbG Bamberg NZA 1995, 96.

- gemäß § 17 Abs. 1, wenn sich der Arbeitnehmer bereits in der Freistellungsphase eines Altersteilzeitverhältnisses nach dem Blockmodell befindet.¹¹⁴
- **Architektenverträge.** Zur Bestimmung des Erfüllungsortes ist darauf abzustellen, ob dem Architekten die umfassende Baubetreuung mit Folge der Überwachung und Kontrolle als ortsbezogenes Geschäft am Ort der Baustelle¹¹⁵ anvertraut ist. In diesem Fall liegt der gemeinsame Erfüllungsort entsprechend den Grundsätzen beim Werkvertrag über ein Gebäude (→ Rn. 36) beim Bauwerk.¹¹⁶ Ist der Architekt dagegen lediglich mit Aufgaben der Planung betraut, wird ein gemeinsamer Erfüllungsort für die Vertragsverpflichtungen am Ort des Bürositzes des beauftragten Architekten angenommen.¹¹⁷ Nach richtiger Ansicht ist jedoch entsprechend dem Grundsatz der Bestimmung des Erfüllungsortes für jede Pflicht gesondert (→ Rn. 14) nach § 269 Abs. 1 BGB für die Planungsleistungen der Geschäftssitz des Architekten und für die Zahlungspflicht des Auftraggebers dessen Geschäfts- oder Wohnsitz maßgebend.¹¹⁸ Kommt es entgegen der vertraglichen Vereinbarung nicht zur Errichtung des Bauwerks, wird ein einheitlicher Erfüllungsort am Wohnsitz des Auftraggebers unterstellt.¹¹⁹
 - **Ausbildungsverträge.** Bei Verträgen, deren Gegenstand die Erbringung von Schulungen bzw. Unterricht beinhaltet, ist der Kursort¹²⁰ bzw. der Internatsitz¹²¹ Erfüllungsort für die beiderseitigen Leistungspflichten.
 - **Behandlungsverträge.** Im Bezug auf ärztliche Behandlungsverträge oder mit einem Heilpraktiker geschlossene Verträge ist die Rechtsprechung nicht einheitlich. Überwiegend wird jedoch ebenfalls auf die vertragscharakteristische Leistung abgestellt und ein einheitlicher Erfüllungsort am Ort der Praxis bzw. des Krankenhauses angenommen.¹²² Diese Ansicht wird auch (bei nichtstationärer Behandlung) auf Zahnarztpraxen übertragen, bei denen sich deshalb ebenfalls der gemeinsame Erfüllungsort am Praxisort befinden soll.¹²³ Nach anderer Ansicht ist kein gemeinsamer Erfüllungsort angezeigt. Daher gelte unabhängig davon, ob es sich um stationäre oder ambulante Behandlung bzw. Behandlung in der Praxis eines niedergelassenen Arztes handelt, für die Verpflichtung zur Zahlung eines privatärztlichen Honorars nicht der Ort der Klinik oder Praxis, sondern der Wohnsitz des Patienten als maßgeblich.¹²⁴
 - **Beherbergungsverträge.** Solche haben wegen der beiderseitigen ortsbezogenen Verpflichtungen den Gerichtsstand des Beherbergungsortes. Dies gilt auch dann, wenn der Gast das Hotel nicht aufgesucht hat,¹²⁵ da das keinen Einfluss auf die Vertragspflichten und deren Erfüllungsort haben kann und ansonsten die vertragswidrige Partei prozessual ungerechtfertigt nur am allgemeinen Gerichtsstand verklagt werden könnte.¹²⁶ Etwas anderes gilt für den Fall, dass der Beherbergungsvertrag für einen Kunden vom Reisebüro im eigenen Namen abgeschlossen wird; insofern kommt ein einheitlicher Erfüllungsort nicht in Betracht, sondern der Gerichtsstand für die Zahlungsklage ist dann regelmäßig der Sitz des Reisebüros.¹²⁷ Auch → Rn. 32 „Reiseverträge“.
 - **Beratungsverträge.** Bei der Verletzung von Pflichten aus einem Beratungsvertrag hinsichtlich einer Kapitalanlage ist der Ort des Beratungsgesprächs entscheidend. Dies gilt auch dann, wenn sich die Klage gegen mehrere Beklagte richtet.¹²⁸ Im Fall der telefonischen Beratung wird der (Wohn-)Sitz des Beraters für maßgeblich gehalten.¹²⁹
 - **Bürgschaftsverträge.** Wegen des Anspruchs aus der **Bürgschaft** ist bei Fehlen einer anderweitigen Vereinbarung der (Wohn-)Sitz des Bürgen maßgeblich.¹³⁰ Der Erfüllungsort für die Bürgschaftsschuld richtet sich nicht nach dem der Hauptschuld.¹³¹ Verpflichtet sich der Gläubiger dem Bürgen gegenüber, eine zur Sicherung der Hauptschuld bestellte Grundschild an diesen abzutreten, so ist diese Verpflichtung am Sitz des Gläubigers zu erfüllen,¹³² weil der Wohnsitz des Gläubigers als Schuldner der auf die Zession gerichteten Forderung des Bürgen für die Bestimmung des Leistungsortes ausschlaggebend ist, § 269 Abs. 1 BGB.

¹¹⁴ ArbG Dortmund NZA 2002, 1359.

¹¹⁵ OLG Stuttgart BauR 1977, 72 mAnm Locher; OLG Frankfurt a. M. MDR 1993, 683 (684).

¹¹⁶ BGH NJW 2001, 1936 mzustAnm Wenner EWiR 2001, 625; OLG Hamm NJW-Spezial 2012, 205; LG Kaiserslautern IBR 2006, 369.

¹¹⁷ OLG Zweibrücken BauR 1990, 513 f.; LG Baden-Baden BauR 1982, 606; OLG Oldenburg NJW-RR 1999, 865; aA LG Mainz NJW-RR 1999, 670; LG Kaiserslautern NJW 1988, 652; Elzer IBR 2012, 2937.

¹¹⁸ OLG Köln MDR 1994, 729; KG BauR 1999, 940; LG Ellwangen NZBau 2010, 255; LG Mainz NJW-RR 1999, 670.

¹¹⁹ OLG Oldenburg NJW-RR 1999, 865 mwN.

¹²⁰ OLG Karlsruhe NJW-RR 1986, 351; (9 AR 29/12) BeckRS 2013, 05928.

¹²¹ OLG Hamm (32 SA 54/15) BeckRS 2016, 01121; OLG Hamm NJW-RR 1989, 1530.

¹²² BGH NJW 2012, 860; BayObLG NJW-RR 2006, 15; MDR 2005, 677 (Belegarztvertrag); OLG Karlsruhe BeckRS 2010, 00033 = MedR 2010, 508; Celle NJW 1990, 777 f.; MDR 2007, 604; LG München NJW-RR 2003, 488; MDR 2003, 53; AG Rottweil NJW-RR 1999, 866; Schinnenburg MedR 2001, 401; Stein/Jonas/Roth Rn. 44; Zöller/Schultzky Rn. 25 „Ärztlicher Behandlungsvertrag“; Hauser MedR 2006, 332.

¹²³ AG Hamburg-Blankenese (531 C 241/15) BeckRS 2016, 15939.

¹²⁴ OLG Zweibrücken NJW-RR 2007, 1145; LG Hagen MedR 2009, 675; LG Magdeburg NJW-RR 2008, 1591; LG Mainz NJW 2003, 1612; LG Osnabrück NJW-RR 2003, 789; AG Frankfurt a. M. NJW 2000, 1802 f.; AG Köln NJW-RR 1995, 185; Prechtel MDR 2006, 246; vgl. auch LG Heidelberg NJW-RR 2014, 777.

¹²⁵ OLG Nürnberg NJW 1985, 1296 (1297); LG Münster (03 S 125/17) BeckRS 2018, 2673; LG Kempten BB 1987, 929; Nettesheim BB 1986, 547 (548); AG Neuss NJW-RR 1986, 1210 (Ferienhaus); aA AG Münster (48 C 2016/17) BeckRS 2017, 127475; LG Bonn MDR 1985, 588; AG Freyung MDR 1979, 850; Wiczorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 63.

¹²⁶ MüKoZPO/Patzina Rn. 36.

¹²⁷ BGH NJW-RR 2007, 777.

¹²⁸ OLG Zweibrücken NJW-RR 2012, 831; OLG Karlsruhe (9 AR 7/13) BeckRS 2013, 12648; OLG Brandenburg (1 Z) Sa 42/13) BeckRS 2013, 12062.

¹²⁹ Vgl. OLG München (34 AR 336/12) BeckRS 2013, 01166.

¹³⁰ BGH NJW 1997, 398; 1995, 1546; BayObLG Rpfleger 2003, 139; MüKoZPO/Patzina Rn. 37; OLG Düsseldorf NJW 1969, 380 (Wechselbürgschaft).

¹³¹ BayObLG BeckRS 2003, 30321855 = MDR 2003, 1103.

¹³² BGH NJW 1995, 1546.

- 22 – **Darlehensverträge.** Es gilt kein einheitlicher Erfüllungsort (→ Rn. 17).¹³³ Das zuständige Gericht ist für die jeweilige Verpflichtung gesondert zu bestimmen. Für den Rückzahlungsanspruch ist daher als Gerichtsstand nicht das Geschäftslokal der kreditierenden Bank,¹³⁴ sondern der Wohnsitz des Schuldners (§§ 269 Abs. 1, 270 Abs. 1, 4 BGB) maßgebend.¹³⁵ Die Pflicht der Bank zur Gewährung des Darlehens ist dagegen an ihrem Sitz bzw. am Ort ihrer Niederlassung zu erfüllen.¹³⁶ Dies beinhaltet insbesondere die Rückforderung der sog. „Darlehensgebühren“ bzw. Bearbeitungsgebühren durch das Kreditinstitut, wobei sich der Erfüllungsort, der für die Beurteilung des § 29 von Bedeutung ist, dann entsprechend an dem Ort des kontoführenden Unternehmens befindet.¹³⁷
- **Dienstverträge.** Regelmäßig ist der Leistungsort der Dienste maßgeblicher Anknüpfungspunkt.¹³⁸ Es bleibt abzuwarten, ob auf Grund der geänderten Rechtsprechung zum Anwaltsvertrag (→ Rn. 20) auch für Dienstverträge von Angehörigen anderer freier Berufe eine differenzierte Beurteilung der jeweiligen Verpflichtung geboten ist. Bisher wurde für Notare,¹³⁹ und Steuerberater¹⁴⁰ auf den Amtssitz bzw. den Kanzleiert als gemeinsamer Erfüllungsort abgestellt. Abweichend hiervon wird in der neueren Rechtsprechung für den Wirtschaftsprüfer der Gerichtsstand des Erfüllungsortes auf Grund des Schwerpunktes seiner Tätigkeit am Sitz der zu prüfenden Gesellschaft angenommen.¹⁴¹ Für „Anwaltsverträge“, „Architektenverträge“ und für „Behandlungsverträge“ → Rn. 21.
- 23 – **Energielieferungsverträge.** Für die sich aus einem Energie- oder Wasserlieferungsvertrag ergebenden Verpflichtungen beider Vertragspartner gilt der Ort der Abnahme als gemeinsamer Erfüllungsort, da an diesem nicht nur das Versorgungsunternehmen seine Hauptleistungspflicht, sondern auch der Abnehmer wesentliche Pflichten zu erfüllen hat.¹⁴²
- 24 – **Frachtverträge.** Solche haben grundsätzlich den Erfüllungsort am Bestimmungs- bzw. Ablieferungsort der Sache,¹⁴³ während für den Anspruch auf Zahlung der Fracht der Wohnsitz des Schuldners entscheidend ist.¹⁴⁴ Für Frachtverträge, die dem HGB unterfallen (§ 407 Abs. 3 HGB), gilt der zusätzliche Gerichtsstand des § 440 HGB. Besonderheiten gelten für Straßenbeförderungsverträge zwischen verschiedenen Staaten iSd Art. 1 CMR. Art. 31 Abs. 1b CMR bestimmt insoweit die internationale Zuständigkeit der Gerichte des Ortes der Übernahme bzw. der Ablieferung des Gutes.¹⁴⁵ Soweit dann die deutsche internationale Zuständigkeit gegeben ist, gelten hinsichtlich des Gerichtsstandes die allgemeinen Regeln deutschen Prozessrechts; maßgeblich ist der Ablieferungsort.¹⁴⁶ Beim Seefrachtvertrag ist der Bestimmungshafen der den Gerichtsstand begründende Erfüllungsort.¹⁴⁷ Für den Luftfrachtvertrag ist § 56 LuftVG zu beachten.
- 25 – **Geldschulden.** Diese sind gemäß § 270 Abs. 1 BGB grundsätzlich Schickschulden.¹⁴⁸ Damit wird aber der Gläubigerwohnsitz nicht zwingend zum Gerichtsstand von auf Zahlung von Geld gerichteten Klagen. Vielmehr greift § 270 Abs. 4 BGB ein. Der Zahlungsanspruch ist daher am (Wohn-)Sitz des Schuldners geltend zu machen, § 269 Abs. 1, 2 BGB.¹⁴⁹ Dies gilt auch für die Klage auf Zahlung des Kaufpreises (vgl. → Rn. 28 „Kaufverträge“).¹⁵⁰
- **Gesamtschuldner.** Grundsätzlich erfolgt die Bestimmung des Erfüllungsortes für jeden Gesamtschuldner selbständig.¹⁵¹ Dabei kann die Leistung eines jeden Gesamtschuldners an einem einheitlichen Ort zu erbringen sein.¹⁵² Soweit die Ausgleichsforderung eines Gesamtschuldners in Rede steht, ist, wenn keine andere Bestimmung greift, der Erfüllungsort nach § 269 Abs. 1 BGB der Wohnsitz des Beklagten.¹⁵³ Sollen Gesamtschuldner (zB der frühere Prozessbevollmächtigte und der frühere Korrespondenzanwalt) auf Schadenersatz in Anspruch genommen werden, ist der Gerichtsstand des § 29 Abs. 1 nicht begründet.¹⁵⁴ Im Übrigen gilt für **Gesamthandsschulden** ein einheitlicher Erfüllungsort.¹⁵⁵

¹³³ LG Freiburg BKR 2016, 289.

¹³⁴ LG Kassel NJW-RR 1989, 106; Palandt/Grüneberg § 269 Rn. 12; Vollkommer BB 1974, 1316; BayObLG NJW-RR 1996, 956; aA AG Hamburg BB 1974, 1316.

¹³⁵ OLG Stuttgart BB 1992, 2386; BayObLG NJW-RR 1996, 956; OLG Düsseldorf RIW 2001, 63; MüKoZPO/Patzina Rn. 39.

¹³⁶ OLG Dresden ZIP 2001, 1531.

¹³⁷ AG Brandenburg (31 C. 355/15) BeckRS 2016, 08470.

¹³⁸ BGH ZIP 1985, 157; BayObLG ZIP 1992, 1652 (GmbH-Geschäftsführervertrag); OLG Celle NJW 1990, 777; LG Hamburg NJW 1976, 199; Stein/Jonas/Roth Rn. 44; BLAH/Hartmann Rn. 21 „Dienstvertrag“.

¹³⁹ KG JW 1927, 1324.

¹⁴⁰ LG Darmstadt AnwBl 1984, 503; BayObLG NJW 2003, 1196; aA LG Berlin NJW-RR 2002, 207 (Steuerberaterhonorar am Wohnsitz des Mandanten); offen gelassen von BGH NJW 2003, 3201 (3202).

¹⁴¹ LG Bonn BB 2005, 994 mAnm Ditzes; aA MüKoZPO/Patzina Rn. 41.

¹⁴² BGH NJW 2003, 3418; OLG Jena MDR 1998, 828; OLG Rostock RdE 1997, 76; OLG Dresden RdE 2000, 160 f.; LG Darmstadt RdE 1994, 75; BLAH/Hartmann Rn. 32 „Versorgungsvertrag“; Riemer RdE 1989, 242; Stein/Jonas/Roth Rn. 44; MüKoZPO/Patzina Rn. 42; aA LG Leipzig MDR 1999, 1086.

¹⁴³ Wiczorek/Schütze/Hausmann Rn. 63.

¹⁴⁴ OLG Hamburg RIW 1991, 61 (62); OLG Dresden RIW 1999, 968; BLAH/Hartmann Rn. 22 „Frachtvertrag“.

¹⁴⁵ Baumbach/Hopt/Merkt CMR Art. 31 Rn. 1; vgl. BGH NJW-RR 2004, 762; OLG Stuttgart OLGR 2002, 336; OLG Hamm RIW 1987, 470 (471).

¹⁴⁶ Baumbach/Hopt/Merkt CMR Art. 31 Rn. 1.

¹⁴⁷ OLG Bremen VersR 1985, 987.

¹⁴⁸ OLG Hamm OLGZ 1991, 79 (80); LG Bonn MDR 1985, 588.

¹⁴⁹ BGHZ 120, 334 (347 f.) = NJW 1993, 1073 (1076); OLG Hamm (32 SA 59/14) BeckRS 2014, 18500 (unter Hinweis auf die in Anlehnung an EuGH NJW 2008, 1935 zT vertretene aA, dass der Erfüllungsort bei richtlinienkonformer Auslegung am Sitz des Gläubigers liegt).

¹⁵⁰ BGHZ 113, 106 (111).

¹⁵¹ BayObLG MDR 1998, 180.

¹⁵² BGH NJW 1986, 935; MüKoZPO/Patzina Rn. 52.

¹⁵³ OLG Hamm FamRZ 2003, 315.

¹⁵⁴ BayObLG NJW-RR 1996, 52.

¹⁵⁵ MüKoZPO/Patzina Rn. 51; Zöller/Schultzky Rn. 25 „Gesamtschuld“.

- **Gesellschaftsverträge.** Maßgeblicher Erfüllungsort bei Handelsgesellschaften ist der Sitz der Gesellschaft.¹⁵⁶ Das gilt sowohl für die Verpflichtungen der Gesellschafter gegenüber der Gesellschaft¹⁵⁷ als auch bei Klagen aus Organhaftung.¹⁵⁸ Wird nach § 64 GmbHG von den Geschäftsführern Schadensersatz im Sinne einer Wiederauffüllung der Masse verlangt, weil pflichtwidrig nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit noch Zahlungen geleistet worden sind, so gilt auch hierfür der Sitz der Gesellschaft als Erfüllungsort.¹⁵⁹ Bei Klagen gegen die für eine Gesellschaftsschuld haftenden Gesellschafter ist der Erfüllungsort für die Gesellschaftsschuld erheblich.¹⁶⁰ Dies gilt auch für Klagen gegen die Gesellschafter einer GbR wegen der Gesellschaftsschuld.¹⁶¹ Hingegen ist bei Streitigkeiten zwischen den Gesellschaftern einer GbR auf den Wohnsitz des Schuldners abzustellen.¹⁶² Im Übrigen ist der besondere Gerichtsstand des § 22 zu berücksichtigen.
- **Handelsvertreterverträge.** Solche weisen keinen einheitlichen Gerichtsstand (→ Rn. 17) auf.¹⁶³ Die Bestimmung des Erfüllungsortes erfolgt für jede Pflicht gesondert. Erfüllungsort der Pflichten des Handelsvertreterers ist grundsätzlich dessen Geschäftssitz;¹⁶⁴ teilweise wird auch der Ort der Tätigkeit des Handelsvertreterers angenommen.¹⁶⁵ Soweit ein Anspruch auf Erteilung eines Buchauszuges gegen den Unternehmer in Rede steht oder seine Zahlungspflicht geltend gemacht wird, ist der Unternehmenssitz maßgebend.¹⁶⁶ 26
- **Internetverträge.** Soweit nur der Vertragsschluss im Internet erfolgt ist, die Abwicklung aber herkömmlichen Regeln folgt, gelten keine Besonderheiten. Wird ein Kaufvertrag geschlossen, der das Herunterladen von Software von einem Server gegen Geldzahlung beinhaltet, ist entsprechend den Grundsätzen zum Kaufvertrag (→ Rn. 28) kein einheitlicher auf Ortsgebundenheit beruhender Erfüllungsort anzunehmen.¹⁶⁷ Vielmehr gilt für die Zahlungspflicht des Käufers dessen Wohnsitz und für die Bereitstellung der Software der Standort des Servers beim Anbieter als maßgeblich.¹⁶⁸ Geht es um die Bereitstellung eines DSL-Anschlusses ist der Erfüllungsort am (Wohn-)Sitz des Kunden,¹⁶⁹ während die Klage auf Freigabe des DSL-Ports sowie Feststellung der Vertragsbeendigung am Geschäftssitz des Dienstansbieters zu erheben ist.¹⁷⁰ Gleichermaßen wird für einen Mobilfunkvertrag die jeweilige Leistungspflicht als maßgeblich angesehen; im Hinblick auf die Entgeltzahlungen ist der Wohnort des Kunden im Zeitpunkt des Vertragsschlusses der Anknüpfungspunkt.¹⁷¹ 27
- **Kaufverträge:** Es gilt grundsätzlich kein einheitlicher Erfüllungsort (→ Rn. 17). Für die Kaufpreisklage ist daher der **Wohnort des Käufers** entscheidend.¹⁷² Dessen (Wohn-)Sitz ist auch Erfüllungsort für die kaufvertraglichen Nebenpflichten wie etwa die Abnahme nach § 433 Abs. 2 BGB,¹⁷³ so dass an diesem Gerichtsstand auch wegen Verletzung der Pflicht (zB Annahmeverzug nach § 293 BGB) zu klagen ist.¹⁷⁴ Wird der Kaufpreis kreditiert, ist Erfüllungsort nach der allgemeinen Regel des § 269 Abs. 1, 2 BGB der (Wohn-)Sitz des Schuldners,¹⁷⁵ und zwar auch bei Hingabe eines garantierten Schecks zahlungshalber. Bei Barkäufen etwa im Ladenlokal oder bei einer Auktion ist zur Bestimmung des Erfüllungsortes auf den Ort des Geschäftsabschlusses als einheitlicher Erfüllungsort abzustellen.¹⁷⁶ Dies gilt jedoch nicht, wenn beispielsweise eine auf ständiger Übung beruhende Vorleistungspflicht des Verkäufers besteht.¹⁷⁷ Wird durch den Verkäufer die Anlieferung der Ware übernommen, ist beim Fehlen einer anderweitigen Bestimmung idR eine Bringschuld anzunehmen.¹⁷⁸ Damit gilt etwa bei der Lieferung von Nutztieren,¹⁷⁹ Kohle, Heizöl oder Möbeln¹⁸⁰ oder im Versandhandel¹⁸¹ der Sitz des Käufers als Erfüllungsort idS § 29 Abs. 1. In Fällen der Klage auf **Rückgewähr der Leistung** Zug-um-Zug (vgl. → Rn. 10) ist die Klage einheitlich an dem Ort zu erheben, wo sich der Kaufgegenstand vertragsgemäß befindet bzw. befinden müsste (sog. Austauschort, idR der Wohnsitz des Käufers)¹⁸² bzw. beim Grundstückskauf der Ort der

¹⁵⁶ OLG Karlsruhe OLGR 2003, 432; OLG Schleswig BB 2004, 462.

¹⁵⁷ OLG Jena ZIP 1998, 1497.

¹⁵⁸ BGH NJW-RR 1992, 801.

¹⁵⁹ OLG München NZG 2017, 749.

¹⁶⁰ BayObLG DB 2002, 2318.

¹⁶¹ BayObLG MDR 2002, 1360; OLG Stuttgart (9 U 189/09) BeckRS 2010, 18622.

¹⁶² BayObLG BB 1996, 2115; OLG Zweibrücken EWiR 1998, 911 (Auseinandersetzungsanspruch nach § 734 BGB).

¹⁶³ BGH DB 1988, 549; NJW 1988, 966; 1993, 2754; OLG München (7 U 185/15) BeckRS 2015, 09718; aA Emde RIW 2003, 509.

¹⁶⁴ OLG Frankfurt a. M. OLGR 1995, 154; Prütting/Gehrlein/Wern Rn. 14 „Handelsvertretervertrag“.

¹⁶⁵ BGHZ 53, 332 (337); LG Heidelberg IPRspr. 1973 Nr. 129a.

¹⁶⁶ BGH NJW 1988, 966 (967); 1993, 2754; OLG München (7 U 185/15) BeckRS 2015, 09718; OLG Frankfurt a. M. RIW 1980, 585.

¹⁶⁷ AG München CR 2001, 132; Stein/Jonas/Roth Rn. 21; MüKoZPO/Patzina Rn. 73.

¹⁶⁸ MüKoZPO/Patzina Rn. 73 mwN; Stein/Jonas/Roth Rn. 21.

¹⁶⁹ AG Fürth (340 C 3088/08) BeckRS 2009, 21512.

¹⁷⁰ AG Bremen (10 C 269/09) BeckRS 2009, 26784.

¹⁷¹ OLG Frankfurt a. M. (11 SV 110/13) BeckRS 2014, 03144; OLG Brandenburg (1 (Z) Sa 19/14) BeckRS 2014, 10929.

¹⁷² BGHZ 113, 106 (111); NJW 1993, 1076.

¹⁷³ RGZ 49, 72.

¹⁷⁴ RGZ 55, 423.

¹⁷⁵ Wieczorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 45.

¹⁷⁶ BGH NJW-RR 2003, 192 (193); NJW 2004, 54 (55); OLG Düsseldorf NJW 1991, 1492 (1493); OLG München NJW 1975, 504 mAnm Geimer NJW 1975, 1086; RGZ 102, 282 f.

¹⁷⁷ BGH NJW-RR 2003, 192 (193).

¹⁷⁸ MüKoBGB/Krüger § 269 Rn. 20; Palandt/Grüneberg § 269 Rn. 12.

¹⁷⁹ Vgl. BGH BB 2004, 853 (854) (zu Art. 57 Abs. 1 lit. b CISG).

¹⁸⁰ Palandt/Grüneberg § 269 Rn. 12; OLG Oldenburg NJW-RR 1992, 1527.

¹⁸¹ OLG Stuttgart NJW-RR 1999, 1576 (1577); OLG Frankfurt a. M. NJW-RR 1989, 957; MüKoBGB/Krüger § 269 Rn. 20; Borges DB 2004, 1815; aA BGH NJW 2003, 3341; Lorenz JuS 2004, 105 (106).

¹⁸² BGHZ 87, 104 (109) = NJW 1983, 1479 (1480); BayObLG MDR 2004, 646; OLG Köln DAR 2011, 260; Zimmermann ZPO Rn. 5b; Stein/Jonas/Roth Rn. 46; MüKoZPO/Patzina Rn. 62; Zöller/Schultzky Rn. 25 „Kaufvertrag“; aA Stöber NJW 2006, 2661 (2663); LG Krefeld MDR 1977, 1018; LG Stralsund (6 O 211/11) BeckRS 2011, 25552; AG Hechingen (2 C 463/11) BeckRS 2012, 18876; AG Köln (137 C 304/09) BeckRS 2009, 29736.

- Belegenheit desselben.¹⁸³ Dies gilt auch, soweit Rückgewähransprüche bei Teilzahlung und Widerruf nach §§ 346, 357, 355, 495 Abs. 1, 503 Abs. 1 BGB geltend gemacht werden.¹⁸⁴ Wider den Grundsatz, das zuständige Gericht für die jeweilige Leistungspflicht gesondert zu ermitteln (→ Rn. 14), muss dieser einheitliche Erfüllungsort auch dann maßgeblich sein, wenn der Käufer die Sache bereits zurückgegeben hat und nur noch Rückzahlung verlangt, weil er sonst schlechter stehen würde, als wenn er die Sache noch nicht zurückgewährt hätte.¹⁸⁵ Ebenso ist der Austauschort für neben dem Rücktritt (vgl. § 325 BGB) geltend gemachten Schadensersatz statt der Leistung iSd §§ 437 Nr. 3, 280, 281 BGB¹⁸⁶ heranzuziehen. Bezüglich der **Nacherfüllungspflicht**¹⁸⁷ iSd § 439 BGB ist das Meinungsbild uneinheitlich. Häufig wird der bestimmungsgemäße Belegenheitsort der Sache,¹⁸⁸ teilweise der ursprüngliche Erfüllungsort der Hauptleistungspflicht¹⁸⁹ oder in Abhängigkeit von der Art des Kaufs (zB Pkw) der Sitz des Verkäufers¹⁹⁰ als maßgebender Erfüllungsort angesehen.¹⁹¹ Im Ergebnis erfolgt dabei eine Auslegung der Umstände des jeweiligen Geschäfts, weshalb der BGH¹⁹² mangels einer eigenständigen Regelung für den Ort der Nacherfüllungspflicht zu Recht auf § 269 Abs. 1 BGB verweist und beim Fehlen entsprechender Anhaltspunkte den Erfüllungsort der Nachlieferungspflicht am (Wohn-)Sitz des Schuldners ansiedelt.¹⁹³ Für Schadensersatzklagen, die wegen der Verletzung von Nebenpflichten erhoben werden (§§ 280, 311 Abs. 2, 3, 241 Abs. 2 BGB) ist Anknüpfungspunkt der Erfüllungsort der Hauptleistungspflicht (vgl. → Rn. 16). Im Rahmen des Handelsverkehrs gilt beim Fehlen entgegenstehender Abreden, dass Warenlieferungen sich als Schickschulden darstellen (§ 447 BGB) mit der Folge, dass Erfüllungsort der Sitz des Verkäufers ist.¹⁹⁴ Dieser Ort ist auch gerichtstandsbestimmend im UN-Kaufrecht für die Kaufpreiszahlung als Bringschuld gemäß Art. 57 Abs. 1a CISG¹⁹⁵ und die Lieferpflicht des Verkäufers nach Art. 31 CISG.¹⁹⁶ Beim Kauf von Geschäftsanteilen iSd § 15 Abs. 4 GmbHG ist der Ort der Beurkundung der Erfüllungsort iSd § 29 Abs. 1.¹⁹⁷ Kommt der bei einem Grundstückskaufvertrag erfolgten Beratung eine eigenständige Bedeutung zu und ist deshalb als **hinzutretender Beratungsvertrag** einzuordnen,¹⁹⁸ bedarf dieser einer gesonderten Betrachtung und teilt nicht ohne weiteres den Erfüllungsort der Rückabwicklung des Kaufvertrages am Ort der Belegenheit des Grundstücks.¹⁹⁹ Findet insofern die Beratung in der Wohnung des Käufers statt, ist dessen Wohnsitz nach § 269 Abs. 1 BGB der Erfüllungsort für die Beratungspflicht.²⁰⁰ Im Geltungsbereich der EuGVVO gilt deren Art. 7 Nr. 1 nF (zuvor Art. 5 Nr. 1 EuGVVO aF) im Hinblick auf grenzüberschreitende (Versendungs-)Kaufverträge als maßgebliche Zuständigkeitsnorm (→ EuGVVO Art. 5 Rn. 1 ff.).²⁰¹
- **Kommissionsverträge.** Der Erfüllungsort ist entsprechend dem Grundsatz für jede Verpflichtung gesondert zu bestimmen (→ Rn. 14); es gilt beim Fehlen einer anderweitigen Bestimmung kein einheitlicher Ort der Erfüllung.²⁰²
- 29 – **Lagerverträge.** Für die jeweilige Verpflichtung ist der Erfüllungsort gesondert festzulegen (→ Rn. 14). Wegen der Leistungspflichten des Lagerhalters ist daher am Lagerort der Gerichtsstand des § 29 (vgl. § 467 HGB) begründet; wegen seiner Gegenleistungspflicht (Zahlung von Lagerkosten) ist das Gericht am (Wohn-)Sitz des Auftraggebers maßgeblich.²⁰³
- **Leasingverträge.** Bei solchen ist, wenn keine Vereinbarung des Erfüllungsortes getroffen wurde, zu unterscheiden: Wegen der Pflicht des Leasinggebers auf Gebrauchüberlassung ist dessen Sitz entscheidend, wegen der Zahlungspflicht des Leasingnehmers dessen (Wohn-)Sitz.²⁰⁴ Steht die Heraus- bzw. Rückgabe des Leasinggegenstandes in Rede, ist das Gericht, in dessen Bezirk der Leasingnehmer bei Vertragsschluss seinen Wohnsitz hatte, zuständig.²⁰⁵ Nach anderer Ansicht ist die Rückgabepflicht eine Bringschuld, so dass der Erfüllungsort beim Leasinggeber liegt.²⁰⁶
- 30 – **Maklerverträge.** Provisionsansprüche aus Maklerverträgen sind am allgemeinen Gerichtsstand des Beklagten geltend zu machen.²⁰⁷ Für die Verpflichtungen des Maklers ist grundsätzlich dessen Sitz maßgeblich (§ 269 Abs. 1, 2 BGB), nicht der des vermittelten Geschäfts.²⁰⁸

¹⁸³ RGZ 70, 198; allg. zu Gewährleistungsansprüchen aus einem Grundstückskaufvertrag OLG Frankfurt a. M. MDR 2015, 299.

¹⁸⁴ Vgl. Mues ZIP 1996, 742 f. mwN.

¹⁸⁵ Stein/Jonas/Roth Rn. 46; MüKoZPO/Patzina Rn. 62; AG Münsingen CR 1993, 502; aA RGZ 31, 383.

¹⁸⁶ Stein/Jonas/Roth Rn. 45; Zimmermann ZPO Rn. 5b; Zöller/Schultzky Rn. 25 „Kaufvertrag“; zu § 463 BGB aF: OLG Hamm MDR 1989, 63; OLG Celle OLGR 2000, 81; aA OLG Lüneburg MDR 1991, 992.

¹⁸⁷ Ausf. zum Leistungsort der Nacherfüllung Schübler/Feurer MDR 2011, 1077; Ringe NJW 2012, 3393.

¹⁸⁸ OLG Celle (11 U 32/09) NJOZ 2010, 612; OLG München NJW 2006, 449 (450); Thürmann NJW 2006, 3457; Witt ZGS 2008, 369 (370 ff.); Terrahe VersR 2004, 680 (681).

¹⁸⁹ OLG München NJW 2007, 3214; Jauernig/Berger BGB § 439 Rn. 11; MüKoBGB/Krüger § 269 Rn. 37; Lorenz NJW 2009, 1633 (1635); Reinking NJW 2008, 3608.

¹⁹⁰ OLG Köln SP 2007, 302; Palandt/Weidenkaff § 439 Rn. 3a; Ball NZV 2004, 217 (220 f.); Skamel ZGS 2006, 227 (228).

¹⁹¹ Zum Käuferirrtum bei der Bestimmung des Nacherfüllungsorts Cziupka NJW 2013, 1043.

¹⁹² BGH NJW 2011, 2278 (2279 ff.); ebenso OLG Köln SP 2007, 302; Ball NZV 2004, 217.

¹⁹³ BGH NJW 2011, 2278 (2279 ff.) mwN; abwM Voraufage; Ringe NJW 2012, 3393 f.

¹⁹⁴ BGHZ 113, 106 (111).

¹⁹⁵ BGHreport 2003, 897 (899); OLG Düsseldorf RIW 1993, 845; OLG Karlsruhe OLGR 2004, 164.

¹⁹⁶ BGHZ 134, 206 ff.

¹⁹⁷ OLG Stuttgart RIW 2000, 631.

¹⁹⁸ Dazu BGH NJW 2004, 64 (65); 2003, 1811 (1812); WoM 2005, 205 (206); 2004, 2349 (2351); OLG Schleswig OLGR 2005, 631.

¹⁹⁹ OLG Schleswig OLGR 2005, 631.

²⁰⁰ OLG Schleswig OLGR 2005, 630.

²⁰¹ Vgl. dazu EuGH NJW 2011, 3018; BGH NJW 2009, 2606 mwN; BeckRS 2010, 17867 = WM 2010, 1712.

²⁰² OLG Frankfurt a. M. OLGR 1995, 153 (154); Zöller/Schultzky Rn. 25 „Kommissionsvertrag“.

²⁰³ OLG Karlsruhe OLGRspr. 3, 43 f.; MüKoZPO/Patzina Rn. 66.

²⁰⁴ BGH NJW 1988, 1914; MüKoZPO/Patzina Rn. 43.

²⁰⁵ LG Lüneburg NJW-RR 2002, 1584; aA OLG Rostock BeckRS 2000, 30997402 (Ort der Übernahme des Leasinggegenstandes) = OLGR 2001, 255.

²⁰⁶ Vgl. OLG Rostock OLGR 2001, 255.

²⁰⁷ BayObLG NJW-RR 1998, 1291.

²⁰⁸ OLG Stuttgart NJW-RR 1987, 1076; Zöller/Schultzky Rn. 25 „Maklervertrag“.

- **Mietverträge.** Für die Miet- bzw. Pachtzinszahlung ist der Erfüllungsort grundsätzlich beim (Wohn-) Sitz des Schuldners im Zeitpunkt der Begründung des Vertrages,²⁰⁹ nicht der Ort der Belegenheit des vermieteten Grundstücks.²¹⁰ Etwas anderes gilt beim Beherbergungsvertrag (→ Rn. 21) oder dem Mietvertrag über ein Ferienhaus.²¹¹ Wegen Miet- oder Pachtverträgen über Räume siehe § 29a.
- **Negative Feststellungsklagen.** Diese haben den Gerichtsstand an dem Ort, an dem der Kläger die gelegnete Leistung zu erfüllen hätte.²¹² Erhebt beispielsweise der Darlehensnehmer gegen die Bank wegen des Darlehensvertrages die negative Feststellungsklage, ist sein Wohnsitz maßgeblich (→ Rn. 22 „Darlehensverträge“).²¹³
- **Reiseverträge.** Die Klage des Reiseveranstalters aus dem **Reisevertrag** iSd § 651a Abs. 1 BGB hat den Gerichtsstand am Wohnsitz des Kunden.²¹⁴ Für die Klage des Kunden ist das Reiseziel als gerichtstandsbestimmender Erfüllungsort oftmals unpraktikabel. Insofern ist es sinnvoll, nach § 21 auf den Ort der Buchung (Reisebüro bzw. Niederlassung des Reiseveranstalters) abzustellen.²¹⁵ Bei Flugreisen gilt ähnlich der Ankunftsart als Erfüllungsort, weil der Reisende dahin befördert werden soll, jedoch kann wegen an diesem zu erbringender Teilleistungen auch der Abflugort herangezogen werden.²¹⁶ Gleichermaßen kann bei einer Annullierung eines Fluges der Passagier vor Gerichten am Ort des Abflugs²¹⁷ oder des Reiseziels, darüber hinaus auch beim Sitz der Fluggesellschaft bzw. deren Niederlassung klagen.²¹⁸ Im Übrigen ist der Reiseveranstalter gemäß §§ 12, 17 an seinem Sitz zu verklagen;²¹⁹ wenn dieser im Ausland liegt und die Reise im Inland vermittelt wurde, soll die Klage beim AG Berlin-Schöneberg erhoben werden können.²²⁰ Nach aA gilt ab dem 10.1.2015 vorrangig die EuGVVO (Brüssel Ia-VO) in Fällen, in denen ein in Deutschland ansässiger Kunde bei einem Veranstalter mit Sitz in Deutschland eine Pauschalreise mit Ziel im Ausland bucht.²²¹ Auch → Rn. 21 „Beherbergungsverträge“.
- **Schadensersatz.** Bei Schadensersatzklagen ist die verletzte Pflicht maßgeblich, für deren Nicht- oder Schlechterfüllung Ersatz begehrt wird.²²² Unerheblich ist dabei, ob es sich um eine Haupt- oder Nebenpflicht handelt, wobei letztere den Erfüllungsort der entsprechenden Hauptpflicht teilt (→ Rn. 16).²²³
- **Unterlassungsklagen.** Für diese besteht der Gerichtsstand an dem Ort, an welchem der Schuldner bei Begründung der vertraglichen Unterlassungspflicht seinen (Wohn-)Sitz hatte.²²⁴ Dies gilt auch in solchen Fällen, in denen sich die Unterlassungspflicht über ein ausgedehntes Gebiet erstreckt; dadurch werden nicht alle in dem betreffenden Gebiet gelegenen Gerichte zuständig.²²⁵ Kommt eine Unterlassungspflicht nur an einem bestimmten Ort in Betracht, ist die Zuständigkeit des dortigen Gerichts begründet.²²⁶ Für den Anspruch auf Unterlassung der Einziehung einer sicherheitshalber zedierten Forderung ist regelmäßig auf den (Wohn-)Sitz des Drittschuldners abzustellen.²²⁷
- **Vertragsstrafe.** Der Erfüllungsort für die Vertragsstrafe stimmt mit dem der Hauptverpflichtung überein.²²⁸
- **Werkverträge.** Erfüllungsort der Verpflichtung des Unternehmers ist grundsätzlich dessen Wohnort bzw. Sitz.²²⁹ Dagegen gilt für alle Verpflichtungen aus einem durch eine besondere Ortsbezogenheit der Werkleistung gekennzeichneten Werkvertrag (vgl. → Rn. 17) der Ort als maßgeblich, an dem diese Werkleistung erbracht wird.²³⁰ So liegt bei Streitigkeiten aus Verträgen über Kfz-Reparaturen der Erfüllungsort für die Durchführung der Reparatur und die Zahlung des Werklohns am Ort der Werkstatt.²³¹ Ebenso haben Bauwerkverträge über die Errichtung von Gebäuden den einheitlichen Erfüllungsort am Ort der Bauausführung,²³² selbst wenn es um Streitigkeiten hinsichtlich der Einräumung einer Sicherungshypothek aus § 648 BGB geht,²³³ während ein einheitlicher Erfüllungsort für einen Werk-

²⁰⁹ BGH NJW 1988, 1914.

²¹⁰ RGZ 140, 67; LG Trier NJW 1982, 286; Zöller/Schultzky Rn. 25 „Mietvertrag“; aA OLG Hamm OLGZ 1991, 80; OLG Düsseldorf OLGZ 1991, 491.

²¹¹ AG Neuss NJW-RR 1986, 1210.

²¹² OLG München (34 AR 97/17) BeckRS 2017, 114163; Zöller/Schultzky Rn. 25 „Negative Feststellungsklage“; BLAH/Hartmann Rn. 32 „Verneinende Feststellungsklage“.

²¹³ LG Kassel NJW-RR 1989, 106.

²¹⁴ Zöller/Schultzky Rn. 25 „Reisevertrag“; Zimmermann ZPO Rn. 5c; BGH MMR 2013, 578; NJW 2013, 308 mAnm Müller.

²¹⁵ Zöller/Schultzky Rn. 25 „Reisevertrag“; BLAH/Hartmann Rn. 30 „Reisevertrag“; vgl. MüKoBGB/Tonner § 651g Rn. 10.

²¹⁶ Lehmann NJW 2007, 1500 (1502); Ruzik NJW 2011, 2019 (2020 f.); zur internationalen Zuständigkeit: EuGH NJW 2009, 2801; BGH NJW 2011, 2056 (2058); vgl. auch BGH NJW 2008, 2121 (Vorlagebeschluss zum EuGH); OLG Frankfurt a. M. NJW-RR 2013, 59 (gemeinsamer Gerichtsstand Reiseveranstalter und Flugunternehmen).

²¹⁷ BGH WM 2013, 956.

²¹⁸ Lehmann NJW 2010, 655 ff.; vgl. BGH NJW 2011, 2056 (2057 f.); LG Frankfurt a. M. (2–24 S 145/11) BeckRS 2012, 08273.

²¹⁹ MüKoZPO/Patzina Rn. 77 mwN.

²²⁰ BLAH/Hartmann Rn. 30 „Reisevertrag“; OLG Karlsruhe MDR 1999, 1401.

²²¹ Staudinger jM 2015, 46 (50).

²²² BGHZ 134, 201 (205); BayObLG MDR 1998, 737; NJW 2002, 2888.

²²³ OLG Karlsruhe OLGR 2000, 403; Fricke VersR 1997, 404.

²²⁴ RGZ 51, 311; BGH NJW 1974, 410; Bengelsdorf DB 1992, 1342 (1345).

²²⁵ MüKoZPO/Patzina Rn. 86.

²²⁶ BGH NJW 1974, 410; Wiczeorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 36; Zöller/Schultzky Rn. 25 „Unterlassungspflicht“.

²²⁷ OLG Dresden EWiR 2001, 887.

²²⁸ Bengelsdorf BB 1989, 2395; RGZ 69, 12; OLG Hamm NJW 1990, 652 (653); OLG Karlsruhe OLGR 2000, 403.

²²⁹ Vgl. MüKoZPO/Patzina Rn. 93.

²³⁰ BayObLG 2000, 56; OLG Schleswig NJW-RR 1993, 314; 2010, 1111; OLG Celle NJW 1990, 777.

²³¹ OLG Düsseldorf MDR 1976, 496; OLG Frankfurt a. M. DB 1978, 2217.

²³² BGH NJW 1986, 935; 2001, 1936; BayObLG MDR 2002, 942; 2004, 273; OLG Stuttgart OLGR 2004, 362; OLG Naumburg MDR 2001, 770; OLG Schleswig MDR 2000, 1453; vgl. OLG Dresden NZBau 2010, 176; aA LG Karlsruhe MDR 1990, 1010; LG Wiesbaden BauR 1984, 88; LG Saarbrücken BauR 2000, 144.

²³³ OLG Köln RIW 1985, 571.

- vertrag über das Bearbeiten von Werkstücken des Bestellers im Betrieb des Unternehmers abgelehnt wird.²³⁴ Vgl. „Anwaltsverträge“ und „Architektenverträge“ → Rn. 20.
- **Wohnungseigentümer.** Für Klagen betreffend die Rechte und Pflichten aus Gemeinschaftsverhältnis der Wohnungseigentümer ist nicht mehr § 29 Abs. 1 anwendbar; es gilt die ausschließliche Zuständigkeit des § 43 Nr. 2 WEG.²³⁵ Gleichermaßen greift diese Vorschrift bei Klagen Dritter gegen die Wohnungseigentümer oder die Gemeinschaft, soweit sie sich auf das gemeinschaftliche Eigentum, seine Verwaltung oder das Sondereigentum beziehen.²³⁶
- 37 – **Zug-um-Zug-Leistung.** Der Erfüllungsort unterliegt grundsätzlich der gesonderten Bestimmung für die jeweilige Leistungspflicht (→ Rn. 14).²³⁷ Nur wenn eine besondere Ortsbezogenheit der vertragscharakteristischen Leistung gegeben ist (→ Rn. 17), gilt diese als bestimmend für einen einheitlichen Erfüllungsort. Solches wird etwa für Werkverträge (→ Rn. 36), Behandlungs- und Beherbergungsverträge (→ Rn. 21) und Arbeitsverträge (→ Rn. 20) angenommen.
- 38 **5. Vereinbarung des Erfüllungsortes, § 29 Abs. 2. a) Allgemeines.** Gemäß § 29 Abs. 2 sind Vereinbarungen über den Erfüllungsort nur unter beschränkten Voraussetzungen gerichtstands begründend. Damit dient die Vorschrift in Ergänzung des § 38 der Verhinderung unzulässiger Prorogationen²³⁸ durch die mit bloß prozessualer Wirkung bedachte Vereinbarung eines Erfüllungsortes (vgl. → Rn. 2).
- 39 **b) Personeller Geltungsbereich.** Nur die in § 29 Abs. 2 genannten Rechtssubjekte – Kaufleute, juristische Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtliche Sondervermögen – können im Hinblick auf den Gerichtsstand wirksam einen Erfüllungsort vereinbaren. Die Abgrenzung des Personenkreises erfolgt dabei nach den gleichen Grundsätzen wie bei § 38 Abs. 1 (vgl. → § 38 Rn. 9f.). Die von § 29 Abs. 2 vorausgesetzte Eigenschaft der Parteien muss im **Zeitpunkt des Abschlusses** der Vereinbarung gegeben sein. Eine **Heilung** durch nachträglichen Erwerb der erforderlichen Prorogationsbefugnis kommt nicht in Betracht.²³⁹ Wenn sie dagegen später entfällt, schadet dies nicht.²⁴⁰ Ebenso bleiben Einzel- oder Gesamtrechtsnachfolger ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zu den von § 29 Abs. 2 erfassten Personen an eine wirksam geschlossene Vereinbarung des Erfüllungsortes gebunden.²⁴¹
- 40 **c) Abschluss der Vereinbarung.** Dieser beurteilt sich als Rechtsgeschäft nach materiellem Recht und ist grundsätzlich formlos möglich.²⁴² Etwas anderes gilt nur dann, wenn der Vertrag selbst Formerfordernissen unterliegt.²⁴³ Wegen des erfassten Personenkreises (→ Rn. 39) greifen insbesondere die Regelungen über das Schweigen auf ein **kaufmännisches Bestätigungsschreiben**²⁴⁴ oder die widerspruchsfreie Entgegennahme einer Schlussnote gemäß § 94 HGB.²⁴⁵ Weiter kann der Erfüllungsort auch auf Grund der Verwendung von AGB vereinbart werden, wobei die Grenzen zum einen in der Inhaltskontrolle nach § 307 BGB,²⁴⁶ andererseits beim Vorliegen einer überraschenden Erfüllungsortsbestimmung iSd § 305c Abs. 1 BGB (etwa ohne jeglichen Bezug zum Vertrag im Übrigen) zu ziehen sind.²⁴⁷ Häufig unterfallen Allgemeine Geschäftsbedingungen, die dem von § 29 Abs. 2 erfassten Personenkreis gegenüber verwendet werden, gemäß § 310 Abs. 1 BGB nicht den Regelungen über die Einbeziehung in den Vertrag (§ 305 Abs. 2, 3 BGB) und den Klauselverböten der §§ 308, 309 BGB. Zu beachten ist dabei die fehlende Deckungsgleichheit des Kaufmannbegriffs in § 29 Abs. 2 mit dem Unternehmerbegriff der §§ 14, 310 Abs. 1 S. 1 BGB.²⁴⁸ Insoweit bedarf es dann bei der Verwendung gegenüber nicht von § 310 Abs. 1 BGB erfassten Personen einer wirksamen Einbeziehung der AGB in den Vertrag²⁴⁹ und einer Prüfung der genannten Klauselverböte.
- 41 **d) Zeitpunkt.** Die Vereinbarung des Erfüllungsortes kann nachträglich erfolgen und auch noch – übereinstimmend, gegebenenfalls auch stillschweigend²⁵⁰ – später von den Parteien abgeändert werden.²⁵¹ Im Zeitpunkt der Vereinbarung müssen die Parteien zu dem von § 29 Abs. 2 erfassten Personenkreis gehören (→ Rn. 39).
- 42 **e) Wirkung der Vereinbarung.** Nach dem Wortlaut der Vorschrift begründet eine Vereinbarung über den Erfüllungsort nur dann die Zuständigkeit des Gerichts an diesem Ort, wenn sie von den genannten Personen getroffen wurde. Der Gerichtsstand des § 29 Abs. 2 ist unter dieser Voraussetzung selbst dann begründet, wenn an diesem Ort tatsächlich keine Erfüllung erfolgt bzw. erfolgen soll.²⁵² Ausreichend ist insoweit, dass die Erfüllung an diesem Ort möglich wäre.²⁵³ Problematisch ist jedoch, wenn eine vertragliche Abrede über den Erfüllungsort durch **nicht von § 29 Abs. 2 erfasste Personen** getroffen wird,

²³⁴ LG Krefeld NZBau 2013, 644.

²³⁵ In der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Wohnungseigentumsgesetzes und anderer Gesetze v. 26.3.2007 (BGBl. I 370).

²³⁶ Ausf. zu den Novellierungen im WEG Gotschalg NZM 2007, 194; Niefenführ NJW 2007, 1841.

²³⁷ BGH NJW 1995, 1546; OLG Hamm NJW-RR 1995, 188; Zöller/Schultzky Rn. 25 „Zug-um-Zug-Leistung“; aA OLG Stuttgart NJW 1982, 529.

²³⁸ OLG Nürnberg NJW 1985, 1296 (1298).

²³⁹ LG Trier NJW 1982, 286; MüKoZPO/Patzina Rn. 101.

²⁴⁰ Stein/Jonas/Roth Rn. 40; Wiczeorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 81.

²⁴¹ Wiczeorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 81; OLG Koblenz BB 1983, 1635; OLG Köln NJW-RR 1992, 571.

²⁴² MüKoZPO/Patzina Rn. 99; Zimmermann ZPO Rn. 6; Zöller/Schultzky Rn. 28.

²⁴³ BLAH/Hartmann Rn. 36; vgl. Palandt/Grüneberg § 311b Rn. 25.

²⁴⁴ RGZ 57, 408 (410); 58, 66 (68f.); Stein/Jonas/Roth Rn. 37; MüKoZPO/Patzina Rn. 99.

²⁴⁵ RGZ 59, 350.

²⁴⁶ OLG Koblenz WM 1989, 892 (894) = NJW-RR 1989, 1460 (zu § 9 AGBG).

²⁴⁷ Wiczeorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 89.

²⁴⁸ Stein/Jonas/Roth Rn. 38; vgl. Palandt/Ellenberger § 14 Rn. 2.

²⁴⁹ OLG Hamm BB 1983, 1814f.; LG München NJW 1996, 402.

²⁵⁰ Wiczeorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 93.

²⁵¹ RGZ 106, 210 (211); OLG Schleswig IPRax 1993, 95 mAnm Vollkommer.

²⁵² Zöller/Schultzky Rn. 30; Stein/Jonas/Roth Rn. 36, 55; Wiczeorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 92 (Umdeutung in Gerichtsstandsvereinbarung); aA RGZ 41, 358 (361).

²⁵³ Stein/Jonas/Roth Rn. 36; Wiczeorek/Schütze/Smid/Hartmann Rn. 92.